



Thüringer Aufbaubank

Die Förderbank.

THÜRINGER KOMMUNAL MONITOR

Kommunale Bedarfstrends
auf den Punkt gebracht.

2024

Titelfoto: Jena



www.aufbaubank.de/kommunalmonitor
Eine Studie im Auftrag der Thüringer Aufbaubank

Stand: 25.09.2024

f in   



Thüringer Kommunalmonitor 2024

6	Vorwort
8	Resonanz in den Kommunen
10	Finanzielle Situation in den Kommunen
16	Bedarf an personellen Ressourcen
20	Interview mit Silvana Schäffer – Bürgermeisterin der Stadt An der Schmücke
24	Bedarf an Investitionsmitteln
30	Hemmnisse der Investitionstätigkeit
36	Wärmeplanung
38	Kommunale Nachhaltigkeitsberichterstattung
40	Bürokratieabbau im Fördermittelbereich
42	Investitionsbedarf in Thüringer Schulen
44	Interview mit Johann Waschnewski – Landrat des Saale-Holzland-Kreises
48	Methode & Impressum



Foto: Zitadelle Petersberg in Erfurt

VORWORT





Foto: **Die Thüringer
Aufbaubank**
in Erfurt

Kommunalmonitor 2024

Welche Themen beschäftigen die Thüringer Kommunen im Wahljahr 2024? Wir waren neugierig und starteten die nunmehr sechste Umfrage zum Thüringer Kommunalmonitor daher bereits im Frühjahr 2024. An der 23 Fragen umfassenden Online-Erhebung beteiligten sich 118 der 206 angeschriebenen Kommunen, was einer Quote von rund 57 Prozent entspricht. In bewährter Form haben wir die wichtigsten Erkenntnisse und Lösungsansätze als Best-Practice-Beispiele in der vorliegenden Broschüre aufbereitet.

Neben allgemeinen Investitionstrends interessierte uns erneut die momentane Haushaltssituation. Vier Prozent der befragten Gemeinden und elf Prozent der befragten Städte befinden sich derzeit in einer angeordneten Haushaltssicherung. Das entspricht dem niedrigsten Stand seit Start des Kommunalmonitors 2019. Aber auch zu wichtigen Zukunftsthemen wie der

kommunalen Wärmeplanung oder dem Investitionsbedarf in den Schulen liefert der vorliegende Umfragerport abermals aktuelle Antworten. Wir nehmen die Bedarfe und Herausforderungen der Thüringer Kommunen ernst und werden die nun vorliegenden Ergebnisse auch mit den politischen Entscheidungsträgern im Land intensiv diskutieren, um ein passgenaues Unterstützungsangebot für Ihre Bedarfe zu entwickeln.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr

Matthias Wierlacher, Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank



Foto: Rathaus Erfurt

Resonanz in den Kommunen

In diesem Jahr wurden zwischen dem 20. März und 10. Juni 206 Verwaltungsspitzen von 55 Gemeinden, 87 Städten, 42 Verwaltungsgemeinschaften (VG) und den 17 Landkreisen (LK), die wir hier als Kommunaltypen bezeichnen, mit einem Online-Fragebogen kontaktiert. Insgesamt haben sich 118 der 206 angeschriebenen Kommunen beteiligt. Das entspricht einer Rücklaufquote von rund 57 Prozent (2023: 67 Prozent). Es beteiligten sich 28 Gemeinden (2023: 37), 50 kreisangehörige Städte (2023: 64), 4 kreisfreie Städte (2023: 5), 20 Verwaltungsgemeinschaften (2023: 21) und 16 der 17 Landkreise (2022: 11).

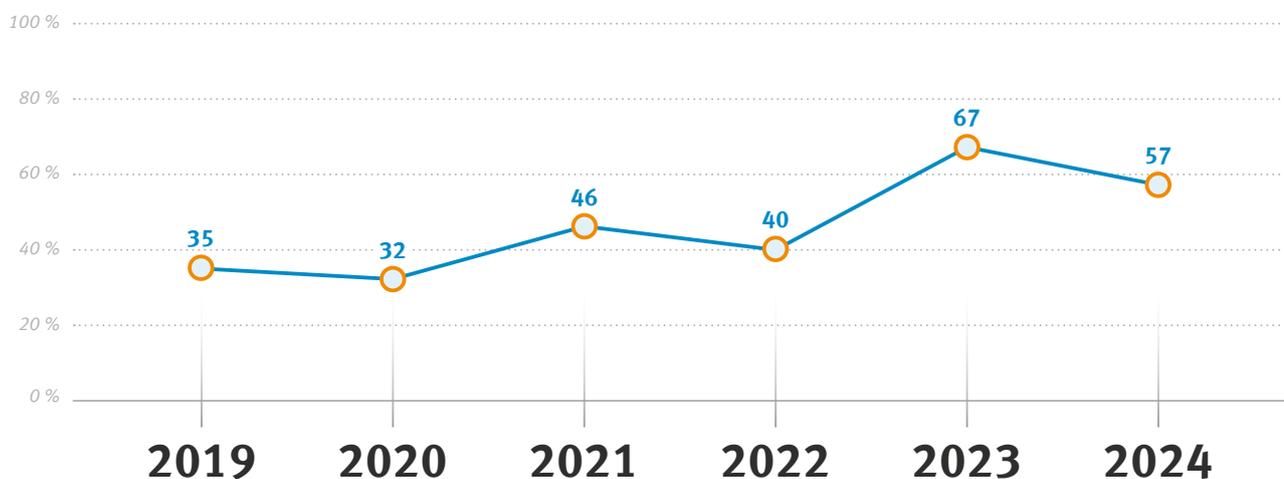
Ganz bewusst wurde in diesem Jahr der Befragungszeitraum in das Frühjahr vorverlegt und nicht, wie gewohnt, die Befragung im Sommer durchgeführt. Auch wenn wir riskieren mussten, dass die Planungen in den Kommunen in verschiedenen Bereichen noch nicht abgeschlossen sind, wollten wir doch allen Gelegenheit geben, noch vor den Turbulenzen des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen am 26. Mai 2024 den Fragebogen bearbeiten zu können.

Erfreulicherweise haben sich in diesem Jahr fast alle Landkreise an der Befragung beteiligt. Etwas verhaltener

waren jedoch die Gemeinden und kreisangehörigen Städte.

Ein Blick auf die Teilnahmequoten nach Ortsgrößenklassen zeigt, dass es eine leichte Unterrepräsentanz der Gemeinden und Landstädte zwischen 3.000 und 10.000 Einwohnern gibt. Die kleinen Gemeinden unter 3.000 und die Kommunen ab 10.000 Einwohnern sind leicht überrepräsentiert. Diese leichten Abweichungen von der Grundgesamtheit sollten sich aus dem Blickwinkel der Repräsentativität jedoch nicht negativ auswirken.

Teilnahmequote gesamt:



Seit der ersten Befragung aus dem Jahr 2019 hat sich die finanzielle Gesamtsituation mit Blick auf alle Kommunen, im Durchschnitt, zwischen „befriedigend“ und „ausreichend“ eingependelt. Diese Einschätzung wird von den Kommunen auch 2024 bestätigt. In diesem Jahr beurteilt jedoch keine Kommune die aktuelle finanzielle Gesamtsituation als „sehr gut“. Nur jede fünfte Gemeinde (21 Prozent) stuft ihre Lage als „gut“ bis „befriedigend“ ein. Eine relative Mehrheit von 36 Prozent bezeichnet die finanzielle Gesamtlage als „ausreichend“.

Die Städte und Landkreise schätzen ihre Finanzlage etwas optimistischer ein. Der prozentuale Anteil der Städte und Landkreise, die ihre Lage als „gut“ bis „befriedigend“ bezeichnen, liegt im Vergleich zu den Gemeinden doppelt so hoch (45 bzw. 44 Prozent). Hier scheint es allerdings eine Schere zwischen gut situierten und weniger gut situierten Kommunaltypen zu geben, denn ein beachtlicher Anteil von 30 Prozent der Städte bzw. 25 Prozent der Landkreise beurteilt die finanzielle Situation als „mangelhaft“. Bei den Gemeinden beobachten wir ein solches Phänomen nicht. Hier sind es nur 18 Prozent, die ihre Lage als „mangelhaft“ bezeichnen. Allerdings macht jede vierte Gemeinde keine Angaben, sodass deren Situation nicht beurteilt werden kann. Bei den Verwaltungsgemeinschaften scheint sich die Lage unter den Mitgliedsgemeinden im Vergleich zu 2023 etwas verbessert zu haben. Der Anteil der Mitgliedsgemeinden, die ihre Lage als „sehr gut“ beurteilen, steigt von zwei auf elf Prozent.



A photograph of a stone wall, likely a historical structure, with a modern glass building visible in the background. The scene is illuminated by bright sunlight, creating a warm, golden glow. A tree with sparse leaves is in the foreground, partially obscuring the top of the wall. The text 'FINANZIELLE SITUATION IN DEN KOMMUNEN' is overlaid in large, white, bold, sans-serif capital letters across the center of the image.

FINANZIELLE SITUATION IN DEN KOMMUNEN

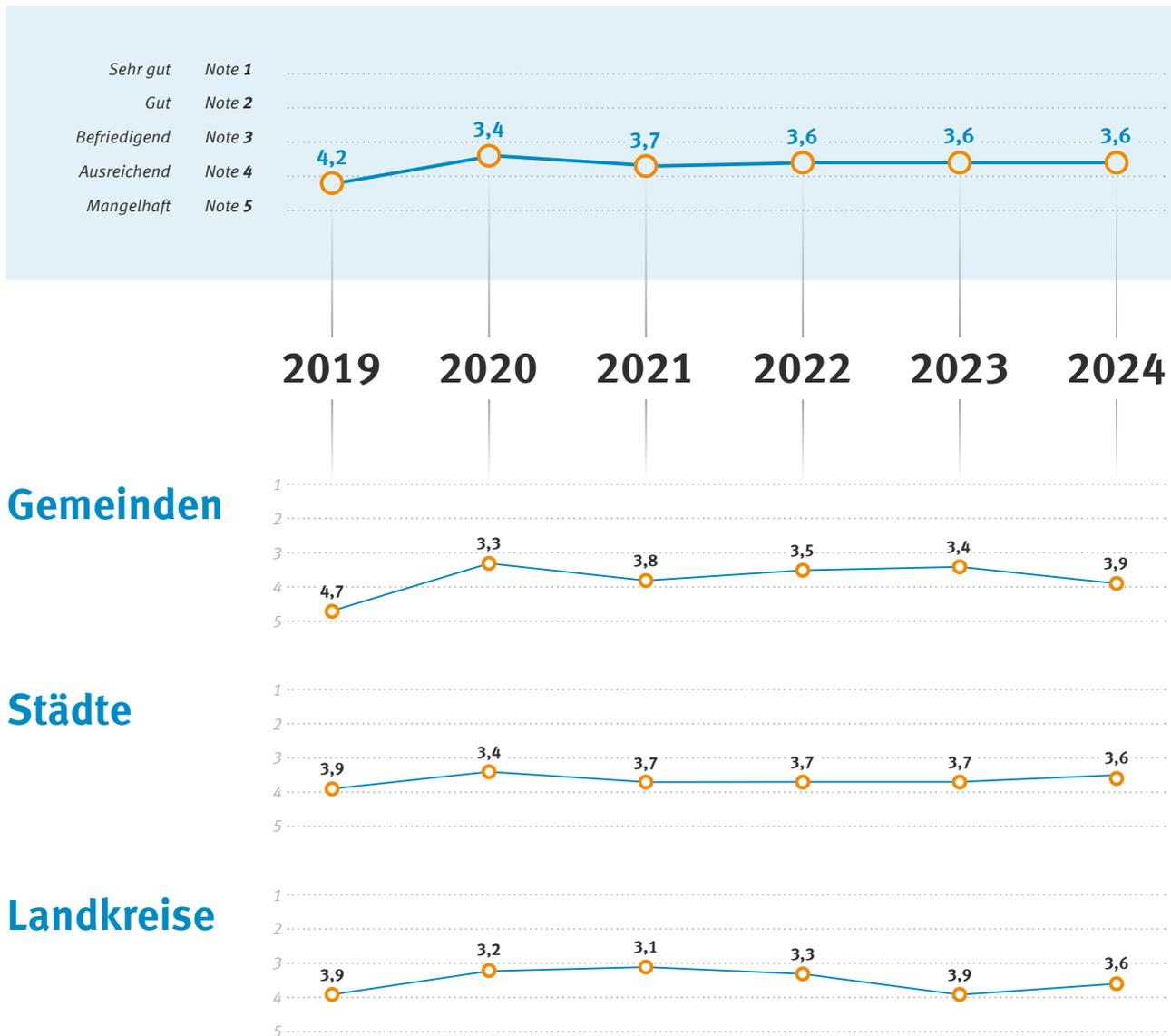
*Foto: Am Pulverturm
Jena*

Finanzielle Situation in den Kommunen

Wie schätzen die Thüringer Kommunen
ihre eigene finanzielle Situation ein?

Alle Kommunen

Mittelwerte | seit 2022 werden diese Daten in Verwaltungsgemeinschaften nicht mehr erhoben





Gemeinden

N=28

Städte

N=54

Landkreise

N=16

Gesamt

N=98

sehr gut

gut

befriedigend

ausreichend

mangelhaft

keine Angabe

7 %

19 %

13 %

14 %

14 %

26 %

31 %

24 %

36 %

11 %

13 %

18 %

18 %

30 %

25 %

26 %

25 %

15 %

19 %

18 %

Kommunen in Haushaltssicherung

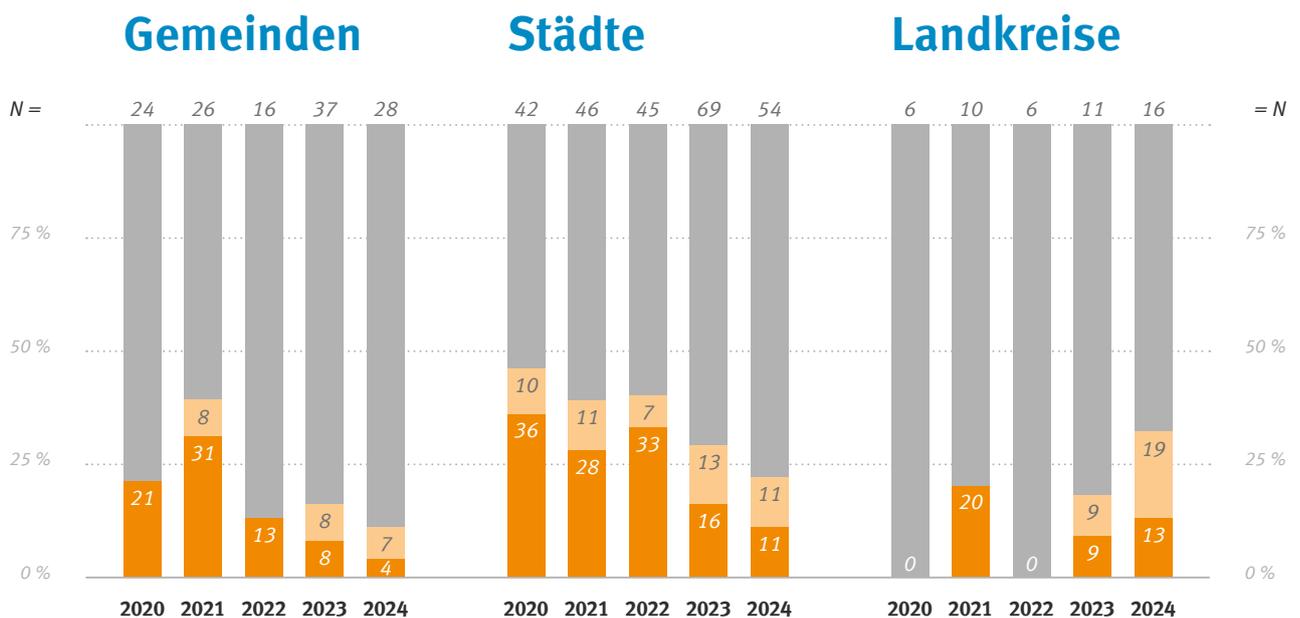
Immer weniger Gemeinden und Städte geben an, sich in einer angeordneten Haushaltssicherung zu befinden. Der Anteil sinkt auf vier Prozent der befragten Gemeinden und auf elf Prozent der Städte. Das sind die niedrigsten Werte seit Start des Kommunalmonitors im Jahr 2019. Bei den Landkreisen beobachten wir einen gegenläufigen Trend. Im Jahr 2023 gab ein befragter Landkreis (9 Prozent) an, sich in einer angeordneten Haushaltssicherung zu befinden. Aktuell sind es zwei Landkreise (13 Prozent). Dieser

Trend wird wahrscheinlich auch von der variierenden Teilnehmerquote in den verschiedenen Jahren beeinflusst und muss deshalb vorsichtig interpretiert werden. Bei der Mehrheit der befragten Kommunen (56 Prozent) wurde die Haushaltssicherung vor 2015 angeordnet. Von 44 Prozent der Kommunen, die sich in einer angeordneten Haushaltssicherung befinden, wird eine Laufzeit von mehr als zehn Jahren veranschlagt. Die Lage in den Verwaltungsgemeinschaften bleibt nahezu unverändert.

Hier stieg der Anteil der Verwaltungsgemeinschaften, die angeben, dass sich Mitgliedsgemeinden in einer angeordneten Haushaltssicherung befinden, von 50 Prozent in 2022 auf 57 Prozent in 2023. Aktuell sinkt dieser zwar wieder auf 50 Prozent, jedoch steigt die Anzahl der Gemeinden weiter. Insgesamt waren nach Angaben der betreffenden Verwaltungsgemeinschaften 2023 19 Gemeinden davon betroffen. Im Jahr 2022 waren es 16 Gemeinden, nun sind es 23 Gemeinden.

Anteil der Gemeinden, Städte und Landkreise mit Haushaltssicherungskonzept

■ = angeordnetes HSK ■ = freiwilliges HSK ■ = kein HSK oder keine Angabe



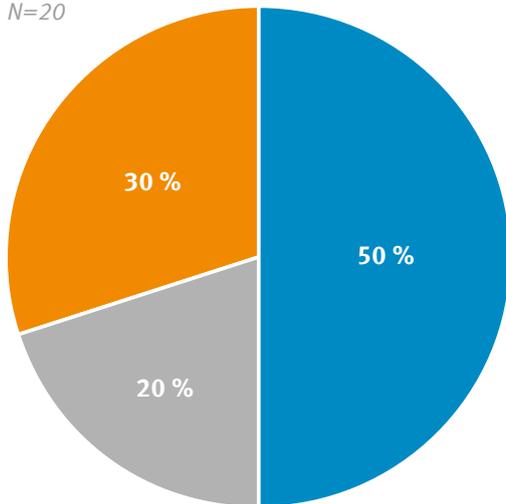
Besteht ein Haushaltssicherungskonzept in Ihrer Verwaltungsgemeinschaft?

■ = nein, kein HSK

■ = ja, für einen Teil der Mitgliedsgemeinden

■ = keine Angabe

N=20



Anzahl der Gemeinden	Anzahl der VGs
1	5
3	1
4	1
5	1
6	1
k.A.	1

Das angeordnete Haushaltssicherungskonzept besteht in Gemeinden, Städte und Landkreise seit:

N=9

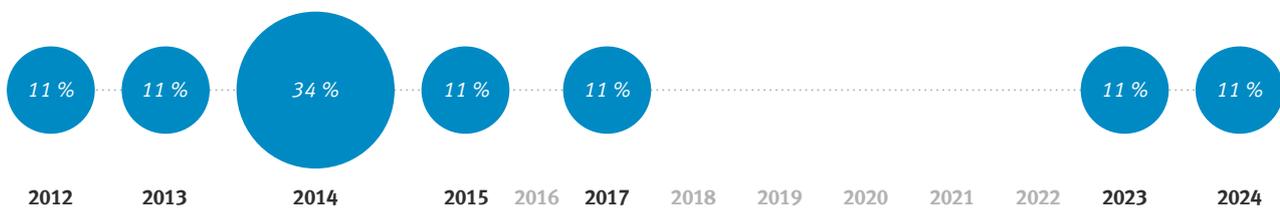




Foto: Alte Papiermühle
Arnstadt

Qualifiziertes Personal gesucht

In Zeiten des Fachkräftemangels wird der öffentliche Sektor in den kommenden Jahren intensiv mit dem Thema "Personelle Ressourcen" konfrontiert. Die Notwendigkeit ergibt sich aus zahlreichen Renteneintritten, aber auch einem Wandel in der Arbeitswelt. Mitarbeitende sind nicht mehr

ihr gesamtes Berufsleben bei einem Arbeitgeber tätig. Diese Fluktuation birgt einen Verlust an Fachwissen und Erfahrung, was Kommunen vor neue Herausforderungen stellt. Neben den traditionellen Verwaltungslaufbahnen sollten öffentliche Arbeitgeber auch vermehrt nach Quereinsteigern suchen.



BEDARF AN PERSONNELLEN RESSOURCEN

Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

Neben den Herausforderungen der Personalfuktuation hat der öffentliche Sektor auch einen hohen Bedarf an Fachkräften in strategisch wichtigen Handlungsfeldern wie der Digitalisierung. Der Anteil der Kommunen, die hier Bedarf anmelden, liegt (im Vergleich zum Jahr 2023) unverändert bei 71 Prozent.

Der Personalbedarf im Bereich „Klimaschutz“ behält seine Bedeutung. Wie der Personalbedarf und das Erreichen von Klimaschutzziele strategisch

miteinander verknüpft werden können, zeigt eine thüringenweit einzigartige Kooperation im Kyffhäuserkreis. Mehr dazu lesen Sie im Interview mit Silvana Schäffer, Bürgermeisterin der Stadt An der Schmücke, ab Seite 20.

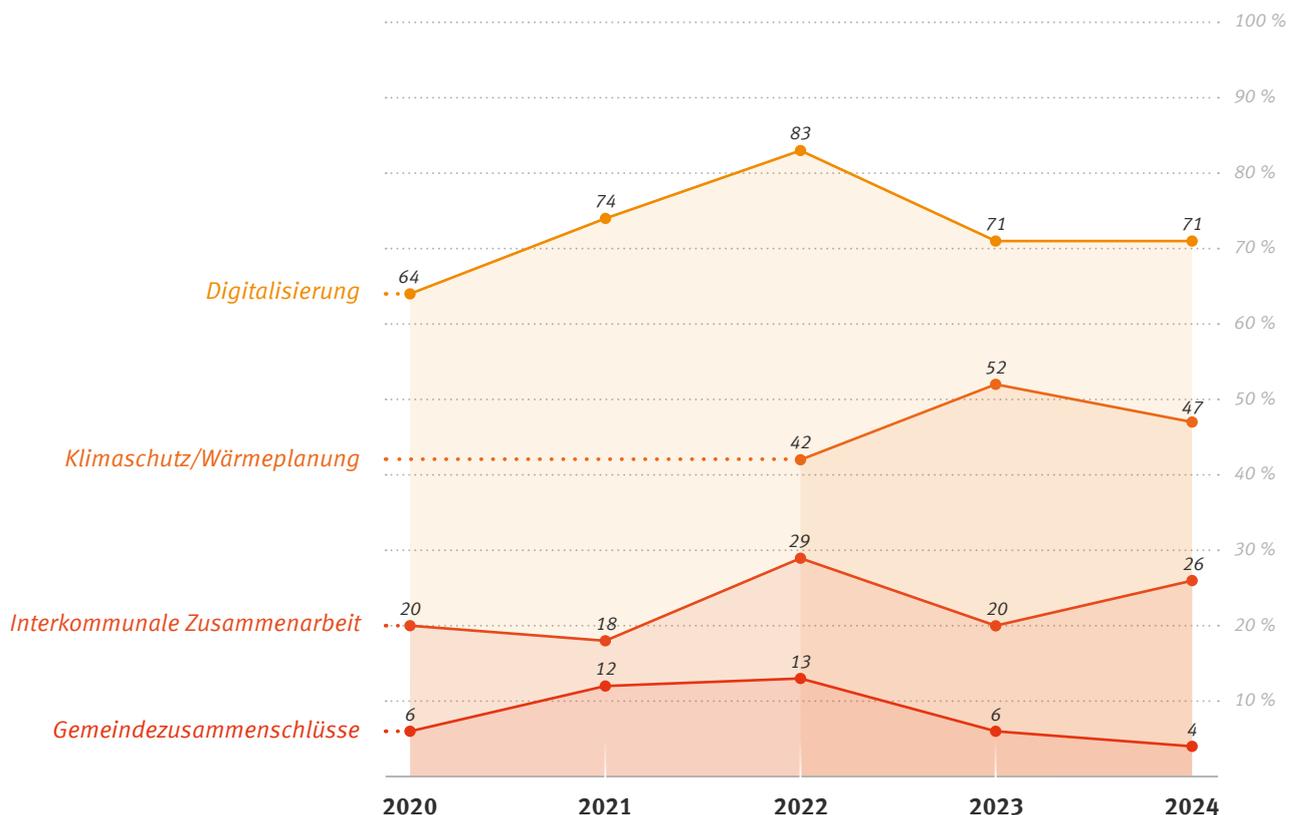
Die Umsetzung von §2b UStG bleibt ein kontinuierliches Thema. Rund 54 Prozent der Kommunen suchen hier Fachkräfte. Im Bereich Fördermittel steigert sich seit 2020 der Personalbedarf jährlich und rangiert in der aktuellen Befragung auf Rang zwei.

Mit einem Anteil von 46 Prozent aller befragten Kommunen verbucht er den höchsten Wert seit Beginn der Befragung.

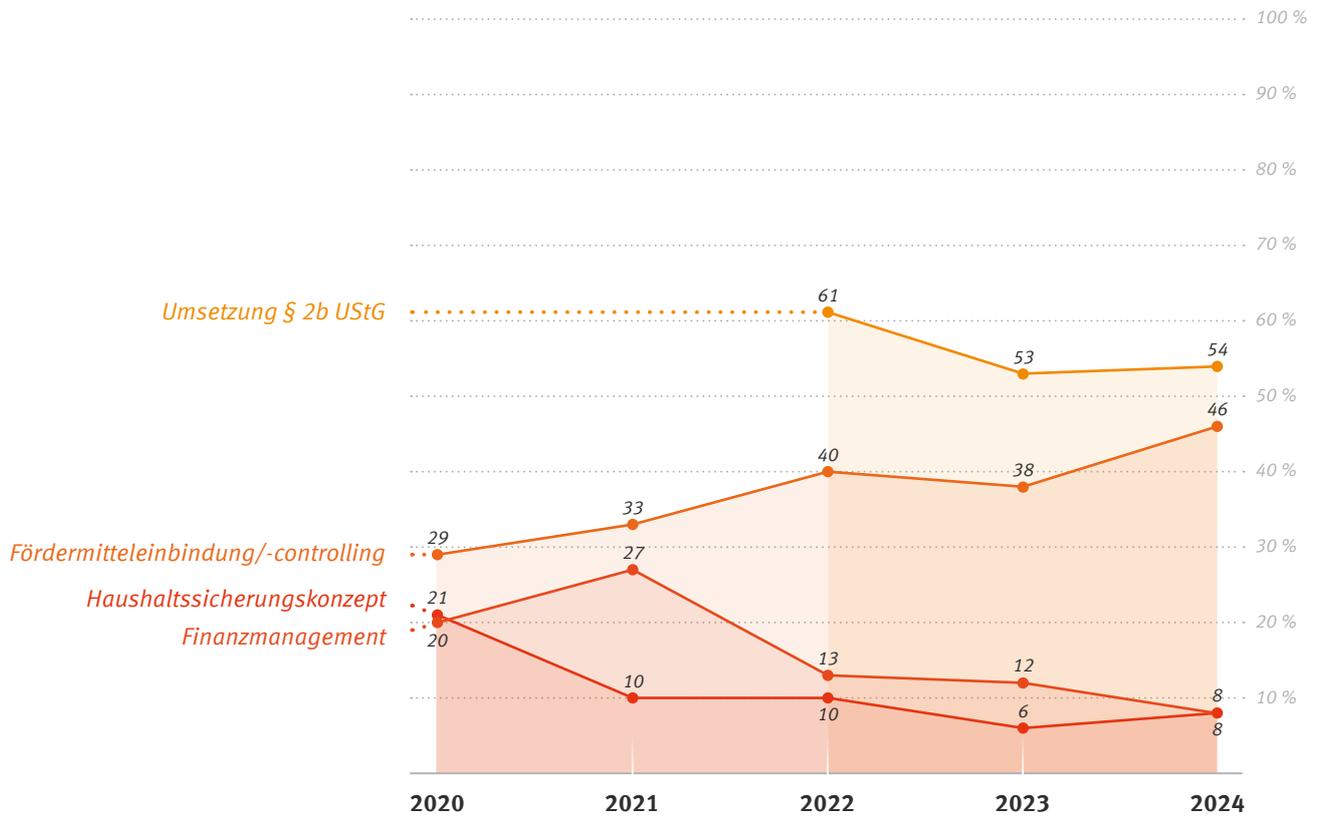
Der größte zusätzliche Personalbedarf im Dreijahreshorizont zeigt sich im Investitionsbereich beim Gebäudemanagement und der Projektplanung. In beiden Bereichen liegt die Nachfrage nach Fachpersonal seit 2021 bei etwa der Hälfte aller befragten Kommunen.

In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

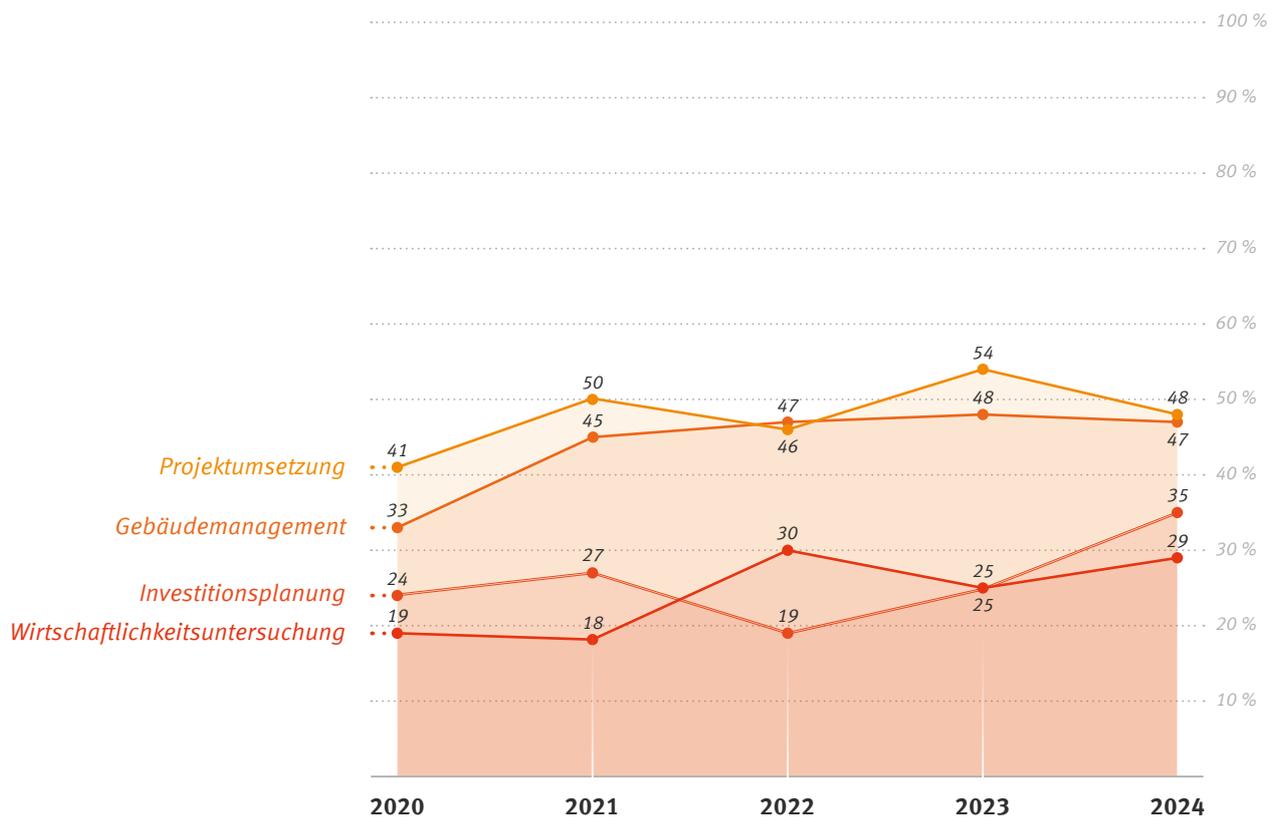
Strategischer Bereich



Finanzverwaltung



Investitionsbereich



Im Gespräch mit Silvana Schäffer

Im Interview erzählt Silvana Schäffer (CDU), Bürgermeisterin der Stadt An der Schmücke, über die interkommunale Zusammenarbeit beim Energiemanagement.



Eine thüringenweit einzigartige Kooperation ist am 22.05.2023 im Kyffhäuserkreis gestartet: Die Bürgermeister von Bad Frankenhausen (Matthias Strejc, SPD), Roßleben-Wiehe (Steffen Sauerbier, SPD) und die Bürgermeisterin der Stadt An der Schmücke (Silvana Schäffer, CDU) haben eine Vereinbarung für Thüringens ersten interkommunalen Energiemanager unterzeichnet. Dieser soll künftig die Gebäudetechnik in kommunalen Immobilien kontrollieren, Verbrauchsdaten erfassen und Verbesserungsmaßnahmen umsetzen, wie das richtige Einstellen der Heizungsanlage oder den Austausch defekter Thermostate.

Die Energiemanager-Stelle wird vom Land Thüringen über das Förderprogramm Klima-Invest und vom Bund für drei Jahre mit 95 Prozent der Personalkosten gefördert. Die Landesenergieagentur ThEGA, die die drei Städte fachlich und beim Förderantrag beraten hat, rechnet mit Einsparungen bei den Energiekosten von 30 bis 45 Prozent und einer erheblichen Reduzierung der CO₂-Emissionen. Der Energiemanager hat zum 1. Januar 2024 seine Arbeit aufgenommen und kümmert sich um etwa 150 Immobilien in den drei Städten – vom Dorfgemeinschaftshaus über Turnhallen bis hin zum Feuerwehrgerätehaus.

Was waren die Gründe, dass sich die drei Städte zusammengeschlossen haben?

Silvana Schäffer: Wir Bürgermeister sind gleichaltrig und kennen uns seit vielen Jahren, auch aus anderen Tätigkeitsbereichen. Bereits 2019 haben die drei Kommunen eine Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich IT und zur Beschäftigung eines Administrators geschlossen. Damals war ich noch Stadträtin in Bad Frankenhausen. Während einer Informationsveranstaltung der ThEGA zum Thema Energiemanagement wurde mir schnell klar, dass ich das Projekt starten möchte. Herr Sauerbier nahm ebenfalls teil und so war es auf kurzem Dienstweg geklärt, dass wir diese Option gemeinsam prüfen.

War es so leichter, einen qualifizierten Energiemanager zu bekommen und auch bezahlen zu können?

Silvana Schäffer: Hinsichtlich der Bezahlung ist es trotz hoher Förderung immer besser, die Kosten zu teilen. Das Projekt soll auch nach Ende der Förderung weiterbestehen, und mit Blick auf diese Zeit ist es sinnvoll, Ressourcen zu teilen. Allein könnte sich die Stadt die Stelle des Energiemanagers nach Abschluss des Projekts sicher nicht leisten.



*Foto: Naturpark der Hohen Schrecke
im Kyffhäuser*

***Alle drei Kommunen wollen
das Projekt nach Ende der
Förderperiode fortsetzen.***

Die Förderperiode von drei Jahren ist wichtig, um das Energiemanagement fest in unseren Verwaltungen zu verankern.

Wie planen Sie die Finanzierung nach Ende der Förderperiode?

Silvana Schäffer: Alle drei Kommunen wollen das Projekt fortsetzen. Ich denke nicht, dass wir am Ende der drei Jahre „fertig“ sind. Diese Zeit ist wichtig, um das Energiemanagement fest in unseren Verwaltungen zu verankern. Es ist unrealistisch, alle 150 Gebäude in dieser Zeit vollständig zu analysieren und Maßnahmen zu implementieren. Auch bei Neubauten besteht Bedarf. Ich bin überzeugt, dass es auch nach der Projektphase genug zu tun gibt und wir den nötigen politischen Rückhalt zur Fortführung erhalten werden.

Wie kann man sich die Arbeit des Energiemanagers praktisch vorstellen?

Silvana Schäffer: Der Schwerpunkt liegt aktuell auf der Erfassung und dem Vergleich von Daten. Diese werden ausgewertet, um Handlungsempfehlungen abzuleiten. Es mag von außen unspektakulär wirken, aber es geht darum, die Gebäude mit den höchsten Verbräuchen und Emissionen zu identifizieren. Im Grunde ist es eine Art Controlling.



| *Arbeitet er wochenweise in einer Stadt
oder nach Notwendigkeit?*

Silvana Schäffer: Er arbeitet nach Bedarf an den Standorten. Er hat einen festen Platz bei uns in der Verwaltung, ist aber mobil und kann mit seinem Laptop überall arbeiten. Hier war es von Vorteil, dass wir bereits den IT-Bereich miteinander teilen. So konnten wir schnell sicherstellen, dass er in allen drei Verwaltungen einsatzbereit ist.



| *Wer hat die Personalhoheit?*

Silvana Schäffer: Die Stadt An der Schmücke ist die projektverwaltende Stelle und hat die Personalhoheit. Regelungen, die die jeweilige Kommune betreffen, werden jedoch immer mit dem dortigen Bürgermeister abgestimmt.

| *Geht nicht viel Arbeitszeit für die vielen
Fahrten zwischen den drei Städten verloren?*

Silvana Schäffer: Wir nutzen alles, was digital möglich ist, um Fahrten zu sparen. Heldrungen liegt für unser Projekt zentral, und letztendlich sollen die Mitarbeitenden vor Ort eingewiesen werden.

| *Können Sie eine solche Kooperation
anderen Kommunen empfehlen?*

Silvana Schäffer: Ja, definitiv. Es ist unsere zweite Kooperation, und ich könnte mir vorstellen, dass es auch künftig weitere Kooperationen gibt. Wir Bürgermeister verstehen uns gut und können so Projekte umsetzen, die eine Kommune allein nicht hätte stemmen können.

Neuer Kindergarten nach Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

An der Schmücke hat mit Unterstützung der Kommunalberatung eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für einen neuen Kindergarten durchgeführt. Das Ergebnis zeigte, dass ein Neubau die wirtschaftlichste Lösung ist, und die Stadt baut diesen Kindergarten derzeit.

| *Wie ist der Stand der Bauarbeiten
für den neuen Kindergarten?*

Silvana Schäffer: Wir liegen im Plan. Der Rohbau ist fertig, das Dach ist drauf und nun beginnen die Innenarbeiten. Die Bohrungen für die Geothermie sind ebenfalls abgeschlossen. Es läuft alles nach Plan, wie man so schön sagt.

| *Wann ist die Eröffnung geplant?*

Silvana Schäffer: Wir planen, im Frühjahr 2026 in den neuen Kindergarten zu ziehen. Einen Umzug kurz vor Weihnachten und Jahreswechsel möchten wir allen Beteiligten ersparen. Wir bauen in Ruhe und wollen dann auch in Ruhe umziehen und ein schönes Fest feiern – das haben sich Kinder, Eltern und Pädagogen verdient.

| *Wie hat Ihnen bei diesem Projekt die
Kommunalberatung geholfen?*

Silvana Schäffer: Zu Beginn der Beratung war die Situation sehr verworren, insbesondere nachdem mein Vorgänger sein Amt niedergelegt hatte. Als neue Bürgermeisterin war es eine Herausforderung, den Überblick zu behalten. Die Kommunalberatung hat uns geholfen, die Situation Schritt für Schritt zu entwirren. Der neutrale Blick von außen war dabei sehr wertvoll. Wir wurden immer wieder angeregt, die Dinge selbst zu hinterfragen und zu überprüfen, was auch im Stadtrat für Klarheit sorgte. Das gemeinsame Festlegen einzelner Parameter war ebenfalls hilfreich. Die Diskussionen mit unserem Berater haben uns dazu gebracht, über alternative Wege nachzudenken und kreativ an die Problemlösung heranzugehen. Auch zunächst abwegig erscheinende Ideen wurden diskutiert. Am Ende waren wir alle überrascht über das Ergebnis. Ich kann diese Art der Beratung sehr empfehlen.

| *Wir danken Ihnen für das Gespräch.*

Das Gespräch wurde am 14. Juni 2024 geführt.

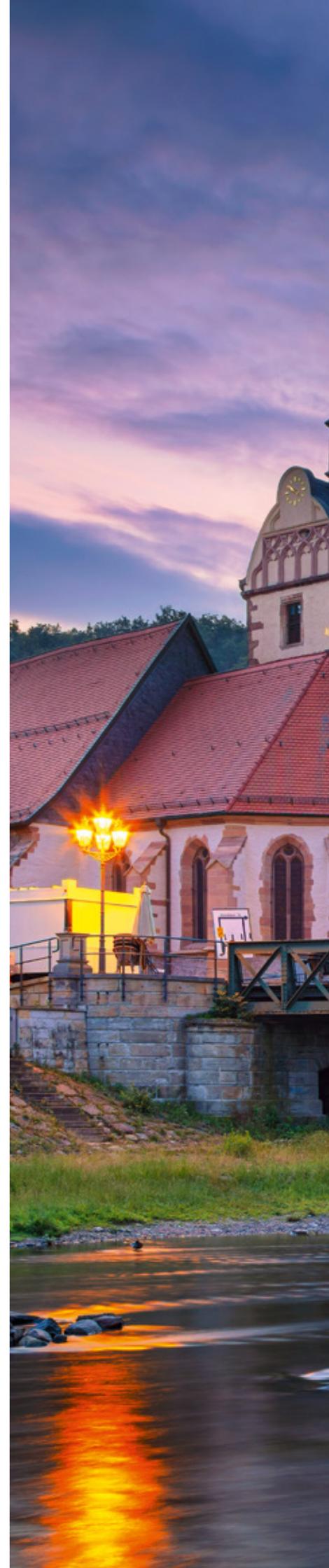
Top Ten der Investitionsbedarfe in Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften

Verkehrsinfrastruktur, Verwaltungsdigitalisierung und Brandschutz sind in wechselnder Reihenfolge die wichtigsten Investitionsfelder. Damit hat sich an der Spitze der Top-Ten-Liste der Investitionsbedarfe mit hoher Priorität in den Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften seit 2019 kaum etwas geändert. Lediglich das Investitionsfeld „Erneuerbare Energien zur Strom- und Wärmeversorgung“ tauscht in der aktuellen Befragung knapp das Treppchen mit dem Bereich „Brandschutz“.

Investitionsbedarfe für Verwaltungsgebäude (41 Prozent), Sportstätten, Bäder und Stadt- sowie Quartiersentwicklungen (39 Prozent), Hochwasserschutz (36 Prozent), , Kin-

dertagesstätten (34 Prozent) und Tourismuseinrichtungen (26 Prozent) bilden das Mittelfeld in der Prioritätenliste. Der Ausbau der Breitbandversorgung bildet das Schlusslicht der Top-Ten-Liste und ist vielen Kommunen über die letzten drei Jahre weniger wichtig geworden. Rund 24 Prozent rechnen der Breitbandversorgung eine hohe Priorität in ihrer Investitionstätigkeit zu.

Den Investitionsbedarf für Thüringer Schulen haben wir in diesem Jahr als Detailfragen zu den gemeldeten Bedarfen. Die Ergebnisse zu diesem aktuellen Thema sowie eine Erfolgsgeschichte zum „Partnerschaftsmodell“ aus dem Saale-Holzland-Kreis finden Sie ab Seite 42 in diesem Heft.



BEDARF AN INVESTITIONS- MITTELN



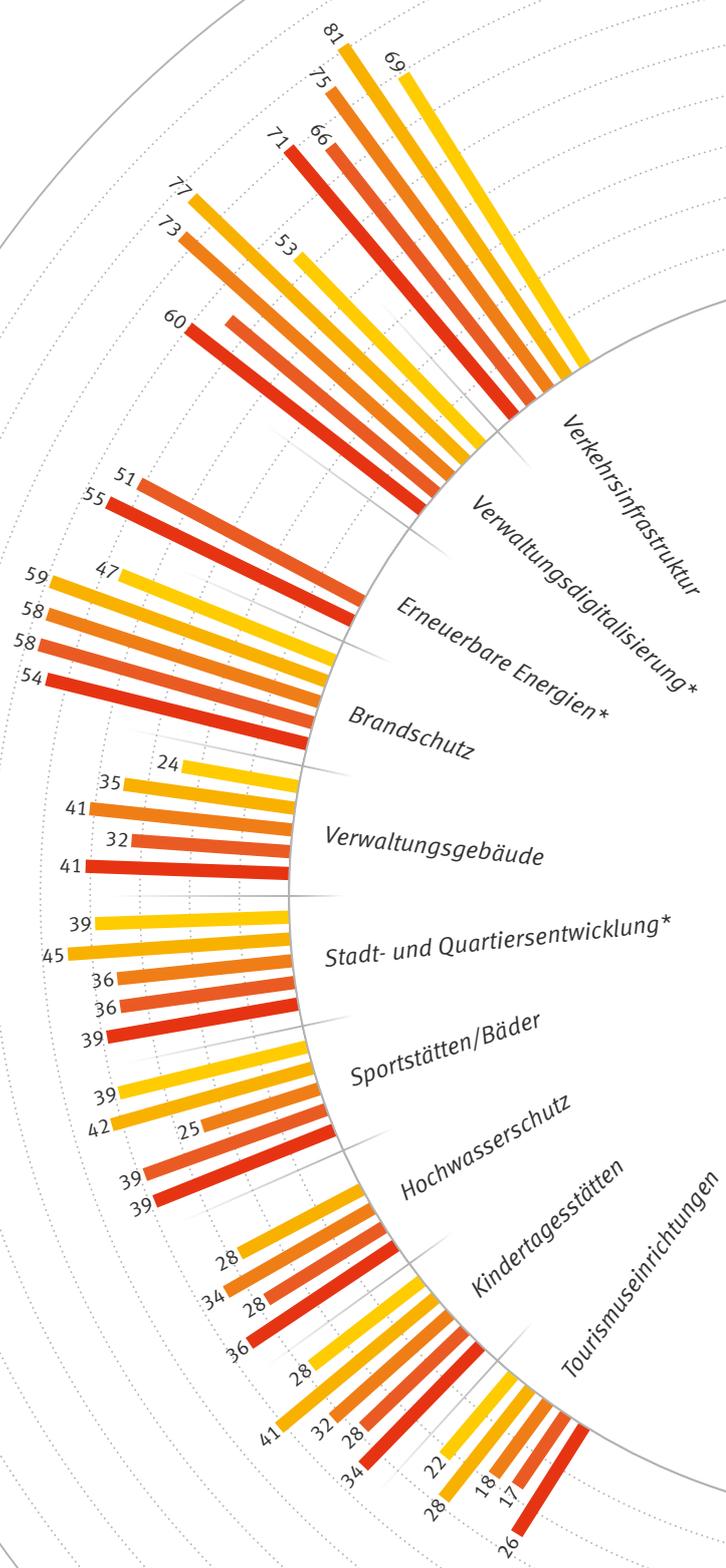
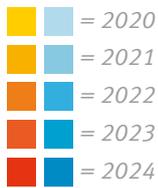
Foto: *Untermhäuser Brücke*
und *Marienkirche Gera*

Fünfjahreshorizont Investitions- mittelbedarf

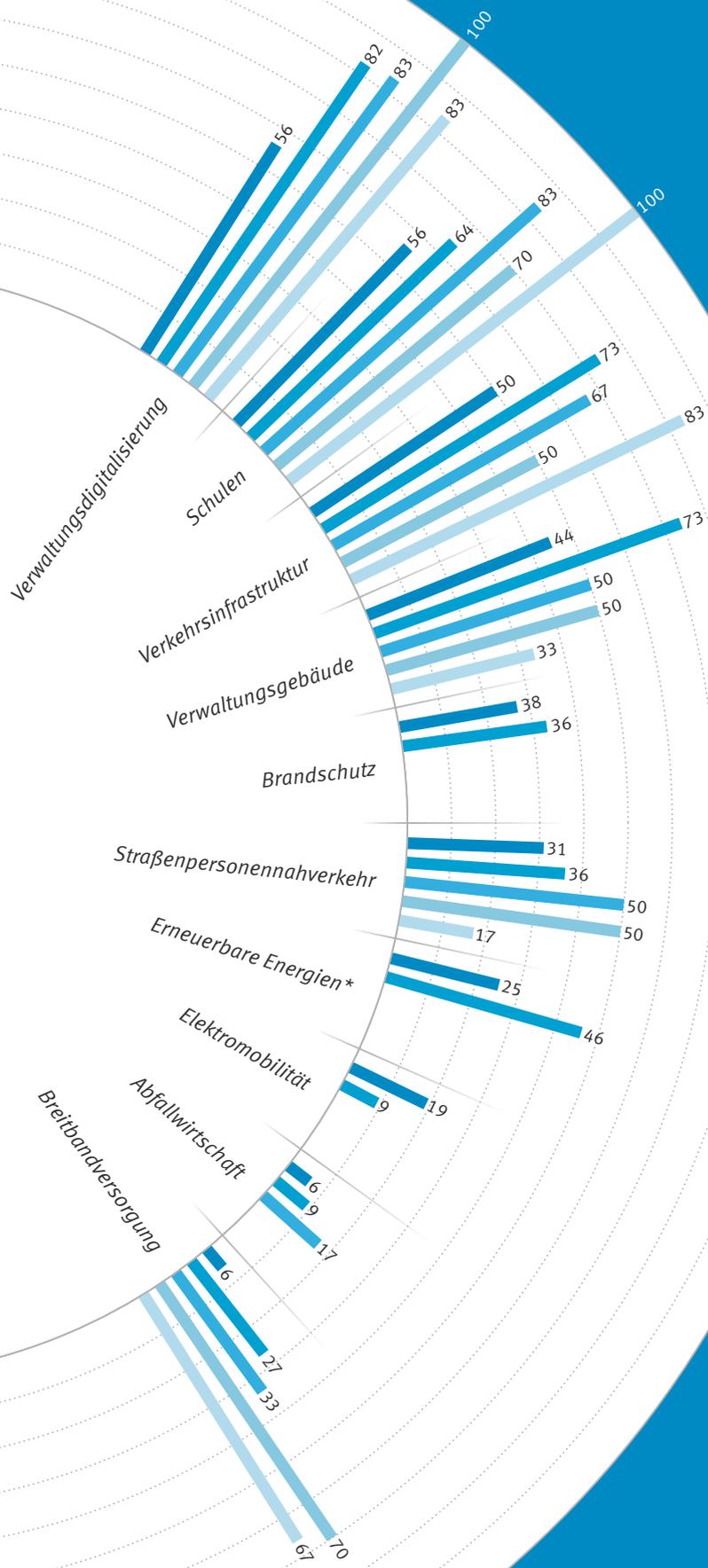
Hohe Wichtigkeit – TOP TEN

Angaben in Prozent

* wurde 2023 erstmals gefragt



Gemeinden, Städte und
Verwaltungsgemeinschaften

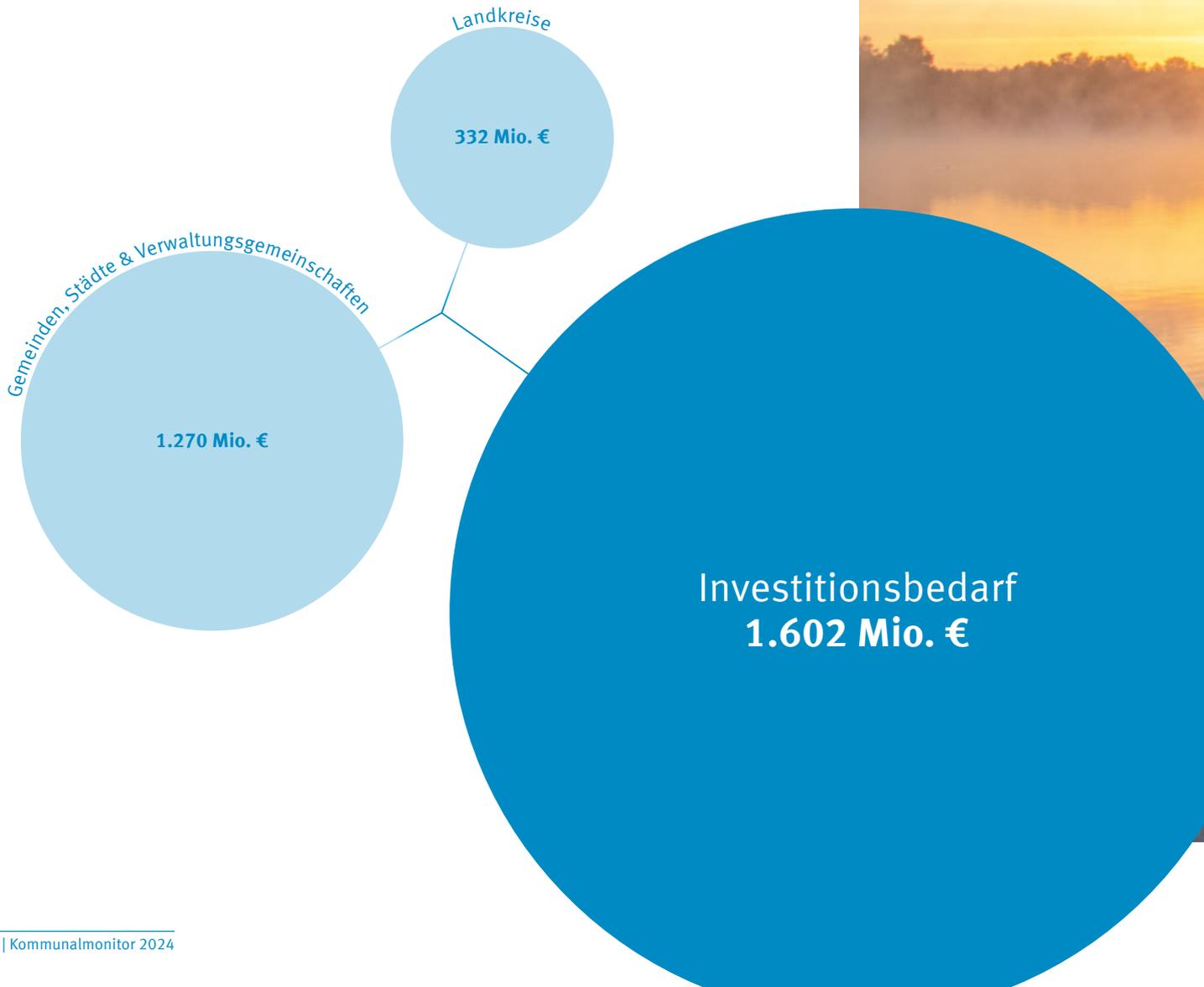


Landkreise

Zukünftiger Investitionsbedarf 2025–2027

Auf der Basis der getätigten Sachinvestitionen aller Kommunen 2021 bis 2023 wurde der prozentuale Anteil für die in unserer Stichprobe enthaltenen Kommunen errechnet. Dieser wurde als Simulationsfaktor dafür genutzt. Grundlage für die Hochrechnung war die Summe des geschätzten Investitionsvolumens für 2025 bis 2027, die die Kommunen in unserer Stichprobe angegeben haben. Daraus ergibt sich ein Gesamtinvestitionsbedarf von

4,806 Mrd. €, das sind 1,602 Mrd. € p.a. Aus der Gegenüberstellung von hochgerechnetem geschätztem Investitionsvolumen und in den Haushalt eingestellten Ausgaben für Investitionen ergibt sich das Delta zusätzlich benötigter Mittel. Für die kommenden drei Jahre schätzen wir so das zusätzlich benötigte Investitionsvolumen auf ca. 2,7 Mrd. €. Das sind durchschnittlich 902 Mio. € pro Jahr.





*Foto: Pfahlbau am Hausteich (Plothener Teiche)
Saale-Orla-Kreis*

Die Möglichkeiten für eine sichere Planung der zukünftigen Investitionstätigkeit scheinen für viele Kommunen komplizierter zu werden. Wie in jedem Jahr haben wir auch 2024 wieder gefragt, wo die Kommunen Hemmnisse bei der Planung oder Umsetzung von Investitionen sehen.

Unverändert seit 2021 und damit die zentralen Herausforderungen der Kommunen sind die Verfügbarkeit von Fördermitteln und Eigenmitteln. Etwa zwei Drittel der befragten Kommunen und damit wieder etwas mehr als 2023 sieht darin Hemmnisse. Die Verfügbarkeit finanzieller Mittel bestimmt die Handlungsspielräume der Kommunen bei der Verwirklichung von Investitionen.

In der Verfügbarkeit von Zuweisungen (59 Prozent, 2023: 51 Prozent), in der begrenzten Kreditaufnahmemöglichkeit (53 Prozent, 2023: 34 Prozent) sowie bezüglich der dauernden Leistungsfähigkeit (52 Prozent, 2023: 41 Prozent) sehen 2024 wieder mehr Kommunen Hemmnisse für die Investitionstätigkeit. Erstmals haben wir nach der Entwicklung der Baupreise gefragt. Den Druck der in den letzten Jahren gestiegenen Baupreise spüren fast zwei Drittel der befragten Kommunen (64 Prozent). Im Kontext dieser Rahmenbedingungen scheinen die Spielräume für Investitionen für die Kommunen enger zu werden. Ein Viertel der Kommunen verweist somit in unserer diesjährigen Befragung auf fehlende langfristige Investitionsbedarfsstrategien.

Die Verfügbarkeit von Projektsteuerungskapazitäten in der Bauverwaltung bleibt für fast die Hälfte der befragten Kommunen ein Problem. Hingegen nehmen die Engpässe bei den Bauausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft scheinbar ab. Nur noch 40 Prozent aller befragten Kommunen sehen hier Hemmnisse. In 2023 waren es 49 Prozent der befragten Kommunen. Auch die Verfügbarkeit von Planungskapazitäten in der Bauverwaltung bereiten aktuell etwas weniger Kommunen Schwierigkeiten. Der Anteil der Kommunen, der hier Hemmnisse sieht, sinkt über die Jahre 2022 und 2023 bis heute von 57 Prozent über 54 Prozent auf nun 51 Prozent.

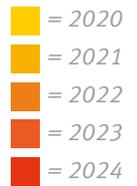
HEMMNISSE DER INVESTITIONSTÄTIGKEIT

The background of the page is a high-angle, aerial photograph of a vast, snow-covered forest. The trees are densely packed and their branches are heavily laden with snow, creating a textured, white landscape. In the lower right foreground, a small, rustic wooden house with a dark roof is visible, partially obscured by the snow. The sky above the forest is a soft, pale blue, suggesting a clear, bright day. The overall atmosphere is serene and quiet, typical of a winter scene in a rural or mountainous area.



Foto: *Schneekopf*
im Thüringer Wald

Hemmnisse der Investitionstätigkeit I

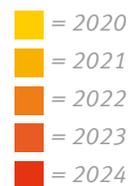


Alle befragten Kommunen im Überblick

Angaben in Prozent

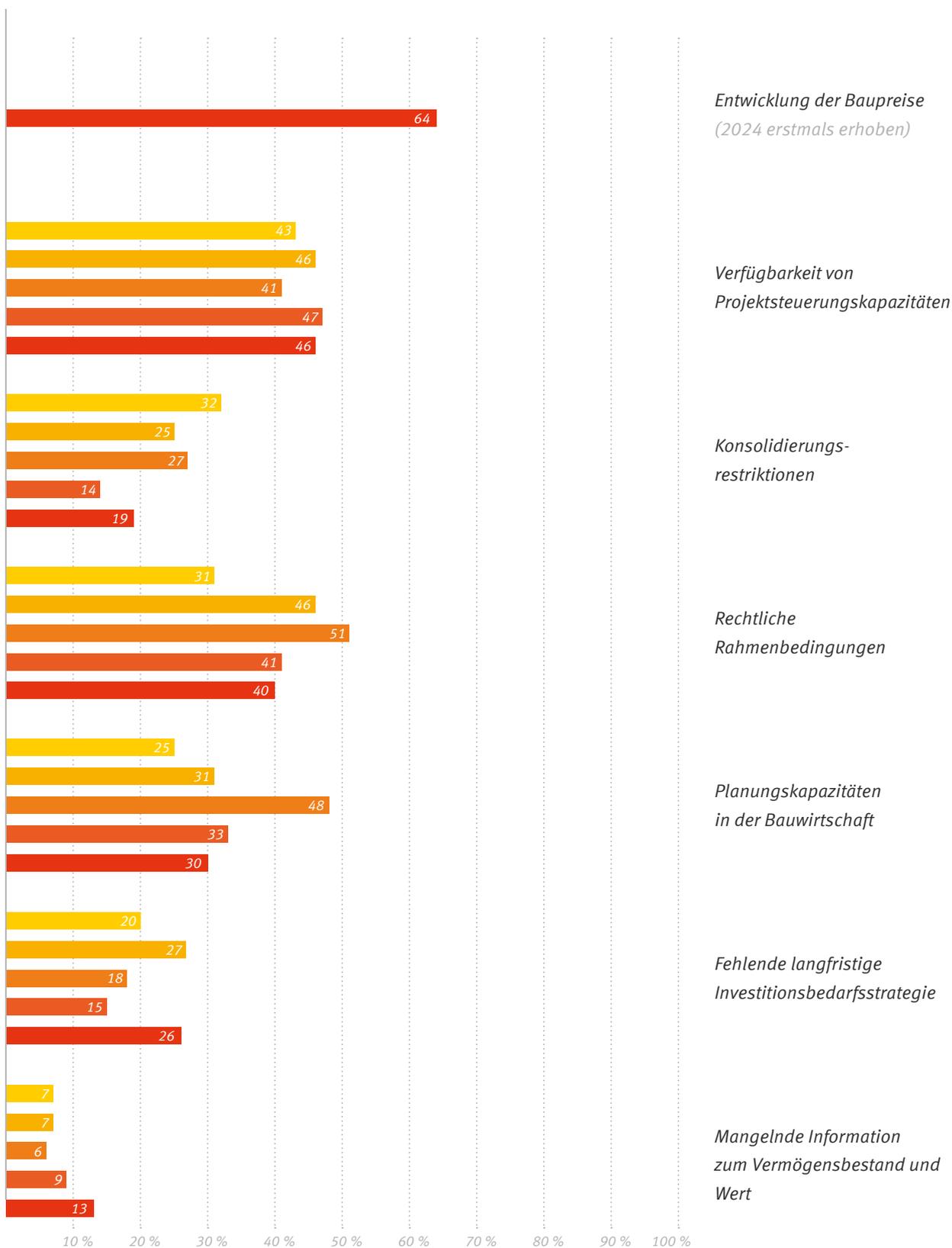


Hemmnisse der Investitionstätigkeit II



Alle befragten Kommunen im Überblick

Angaben in Prozent





Neben den regelmäßigen Fragen zur Investitions-, Personal- und Finanzsituation ergänzen wir seit 2020 die Umfrage um anlassbezogene Themen sowie um Detailfragen zu den gemeldeten generellen Bedarfen.

Im Jahr 2024 legen wir den Fokus u.a. auf den aktuellen Stand der Wärmeplanung in den Kommunen. Das Wärmeplanungsgesetz weist den Landkreisen, Städten und Gemeinden eine Schlüsselrolle in der Wärmewende zu. Zentrales Instrument ist die Wärmeplanung, die von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern bis 2026 und von allen anderen Kommunen bis 2028 vorgelegt werden muss. Wir haben nachgefragt, wer diese Planung schon in Angriff genommen hat.

Wir wollten in diesem Jahr außerdem wissen, wie der öffentliche Sektor beim Thema „kommunale Nachhaltigkeitsberichterstattung“ aufgestellt ist. Auch wenn Kommunen gemäß Vorgaben der Europäischen Union aktuell noch nicht berichten müssen, gilt die Berichtspflicht künftig für kommunale Unternehmen oder Banken, die Kredite an Kommunen vergeben.

In diesem Jahr rückten wir auch ein Thema in eigener Sache in den Mittelpunkt: In den Befragungen zum Kommunalmonitor der letzten Jahre wurde von den Kommunen sehr oft das Hemmnis „Bürokratie in der Fördermittellandschaft“ benannt. Wir unterbreiteten Vorschläge zum Bürokratieabbau und sammelten vorab in

einem offenen Feld die Anmerkungen der Kommunen zur Entbürokratisierung der Förderprozesse ein.

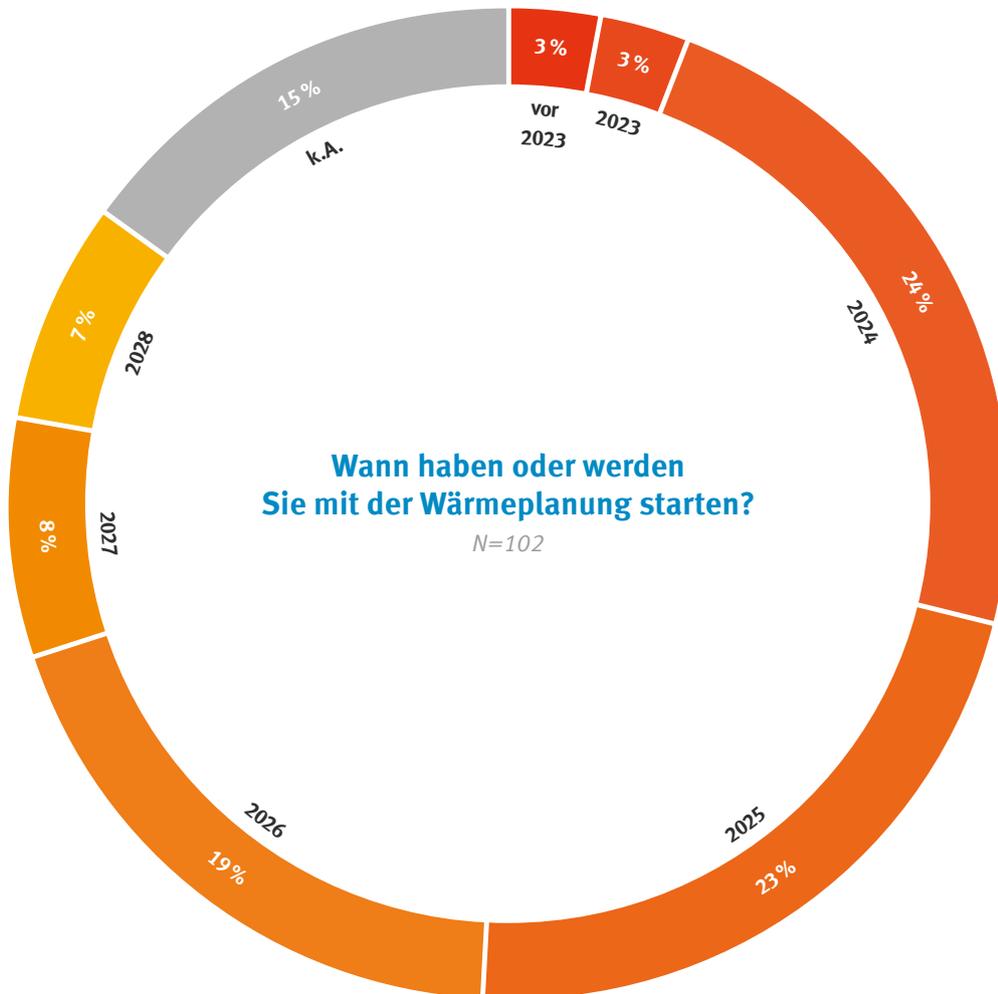
Zuletzt fragten wir in der aktuellen Befragung auch den Investitionsbedarf an Thüringer Schulen ab. Die hohe Beteiligung der Landkreise an dieser Detailfrage zeigt den dringenden Investitionsbedarf in diesem Bereich. Rund 61 Prozent aller Schulgebäude haben bisher keine Sanierung erfahren.

Foto: Domplatz in Erfurt



AKTUELLE THEMEN IM KOMMUNAL- MONITOR

Wärmeplanung



Das Wärmeplanungsgesetz weist Kommunen eine Schlüsselrolle in der Wärmewende zu. Als strategisches Instrument dient dabei die Kommunale Wärmeplanung (KWP). Mit ihr sollen die Kommunen selbstbestimmt die Grundlage für eine langfristig sichere Wärmeversorgung schaffen und Planungssicherheit für Unternehmen sowie für Hauseigentümer geben. Die Städte Erfurt und Jena müssen die Wärmeplanung

bis zum 30. Juni 2026 vorlegen, alle anderen Kommunen bis zum 30. Juni 2028. Bei unserer Frage nach dem Start der Wärmeplanung in den Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften stellt sich heraus, dass das Groß der Kommunen zwischen 2024 und 2026 damit beginnen will. Nur wenige Kommunen (insgesamt 6 Prozent) haben diese Planung schon vor 2024 in Angriff genommen.



Die meisten Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften benötigen Personal, das sich mit der Wärmeplanung beschäftigen kann. Zwischen 61 und 75 Prozent der Kommunen sehen hier Probleme bei der Umsetzung der Planungen.

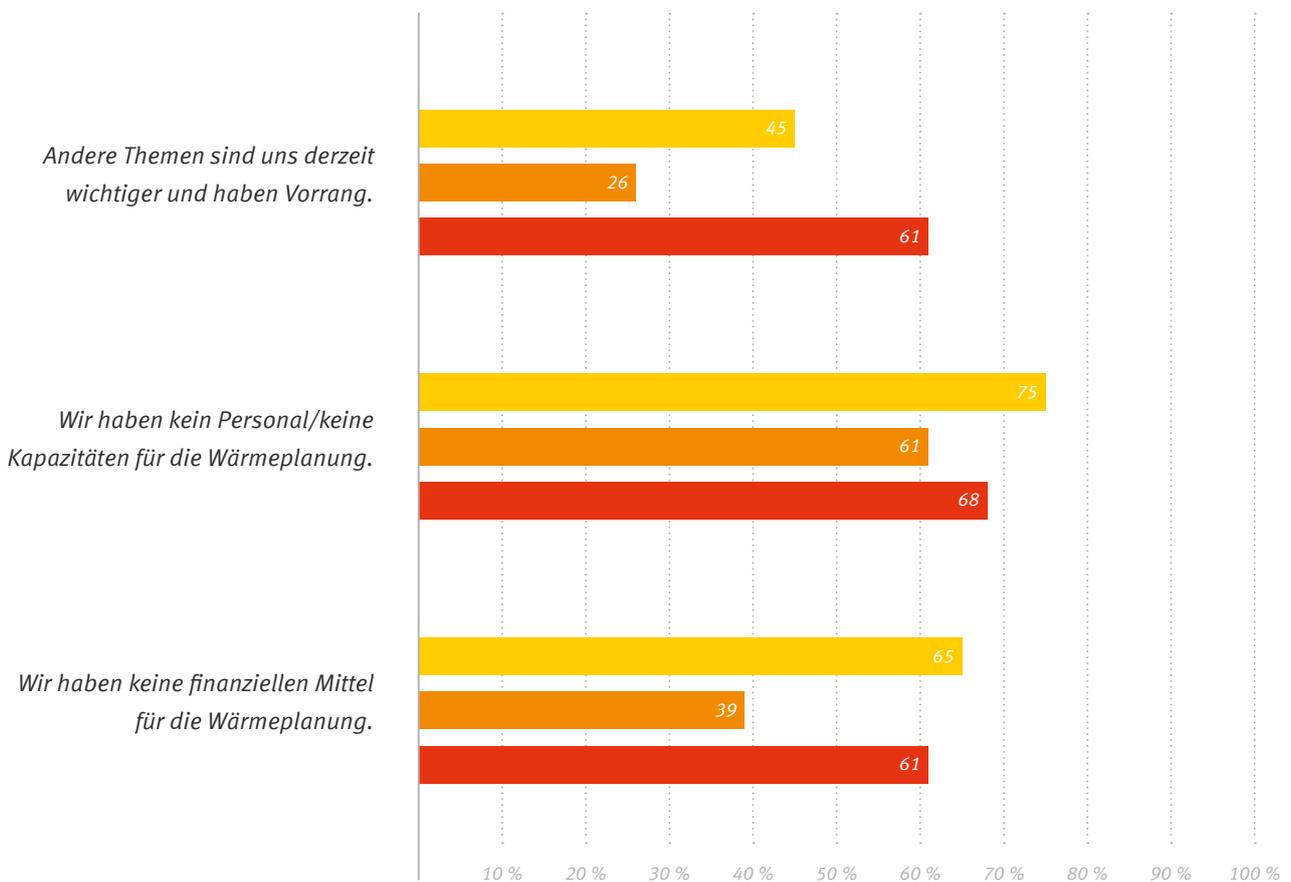
Die Städte sind aber im Großen und Ganzen etwas besser aufgestellt. Für den überwiegenden Teil der Gemeinden und

fast die Hälfte der Verwaltungsgemeinschaften haben derzeit andere Themen Vorrang (61 bzw. 45 Prozent). Das deckt sich mit der Verschiebung der Planung auf die Jahre 2025 bis 2027.

Für die Mehrheit der Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften ist die Finanzierung der Wärmeplanung nicht geklärt (61 bzw. 65 Prozent).

Vor welchen Problemen stehen Sie beim Thema Wärmeplanung?

■ = VG (N=20) ■ = Städte (N=54) ■ = Gemeinden (N=28) Angaben in Prozent



Kommunale Nachhaltigkeitsberichterstattung

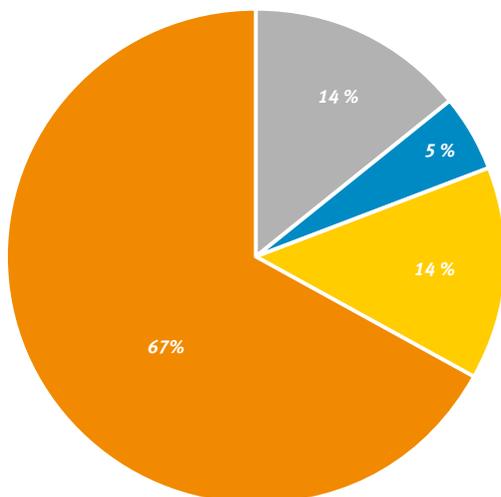
Gemäß den Vorgaben der Europäischen Union müssen bestimmte Unternehmen bereits jetzt eine Nachhaltigkeitsberichterstattung vorlegen, der Kreis der berichtspflichtigen Unternehmen wird sich in den nächsten Jahren weiter vergrößern. Die Standards der Berichterstattung wurden ebenfalls bereits festgelegt. Auch wenn Kommunen bisher noch nicht berichten müssen, sind zum Beispiel die Banken, die Kredite an Kommunen vergeben, zukünftig berichtspflichtig. Gleiches gilt für kommunale Unternehmen, wenn für sie die Kriterien zutreffen.

Wir wollten in diesem Jahr wissen, wie die Kommunen bei diesem Thema aufgestellt sind. Es zeigt sich, dass viele Kommunen noch ganz am Anfang stehen. Die meisten Kommunen haben dieses Thema noch nicht im Fokus. Nur fünf Prozent von ihnen planen bereits ein Prozedere zur Berichterstattung und 14 Prozent haben die Intention, einen solchen Prozess zu gestalten bzw. sind damit beschäftigt, einen solchen Prozess aufzubauen. Diejenigen, die diesen Prozess bereits begonnen haben zu planen oder die Intention dazu haben, sind überwiegend noch nicht auf bestimmte

Prämissen der Berichterstattung festgelegt. Dementsprechend ist der Beratungsbedarf noch hoch. Die Hälfte der Kommunen wünscht weitere Informationen dazu und rund 53 Prozent der Kommunen benötigen Unterstützung, um diesen Prozess erfolgreich zu gestalten. Dabei fallen die Verwaltungsgemeinschaften auf. Fast zwei Drittel von ihnen benötigen Unterstützung. Es folgen die Städte mit einem Anteil von 57 Prozent.

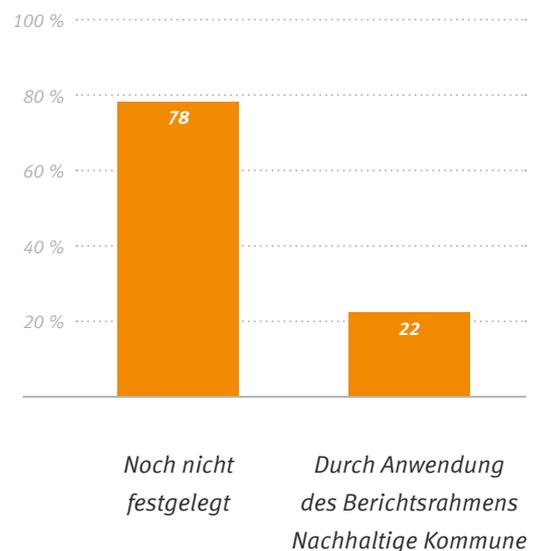
Planen Sie eine Berichterstattung hinsichtlich der Nachhaltigkeitskriterien?

■ = ja ■ = nein ■ = k.A. N=119
■ = nein, die Intention besteht, Prozess befindet sich im Aufbau



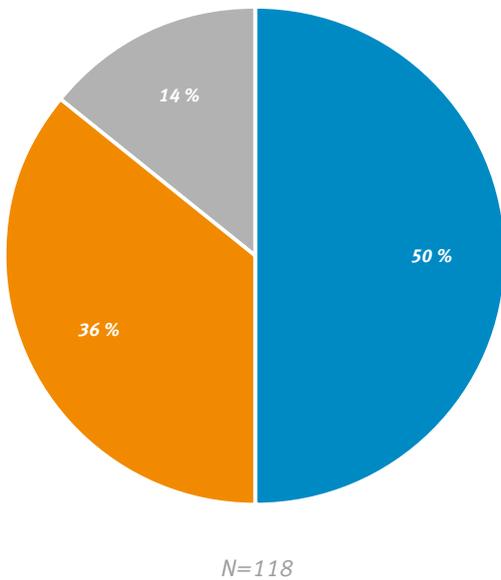
Nach welchen Prämissen soll die Berichterstattung erfolgen?

Alle befragten Kommunen, die Nachhaltigkeitsberichterstattung planen oder dies beabsichtigen:

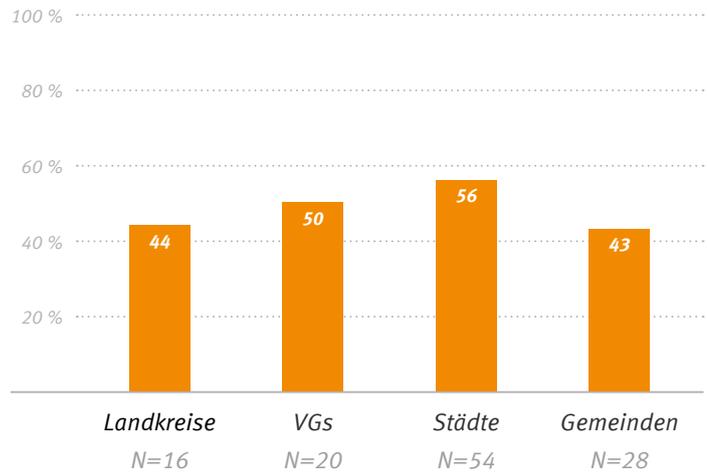


Benötigen Sie weitere Informationen zum Aufbau einer Nachhaltigkeitsberichterstattung?

■ = ja ■ = nein ■ = k.A. Angaben in Prozent

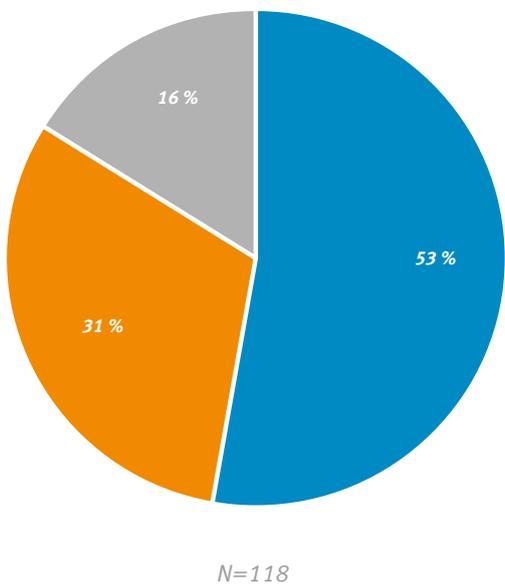


Informationsbedarf:

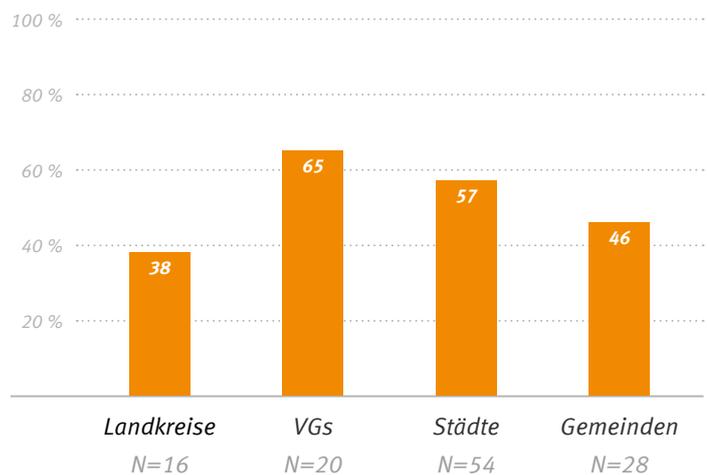


Benötigen Sie Unterstützung bei der Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten?

■ = ja ■ = nein ■ = k.A. Angaben in Prozent



Bedarf an Unterstützung:



Bürokratieabbau im Fördermittelbereich

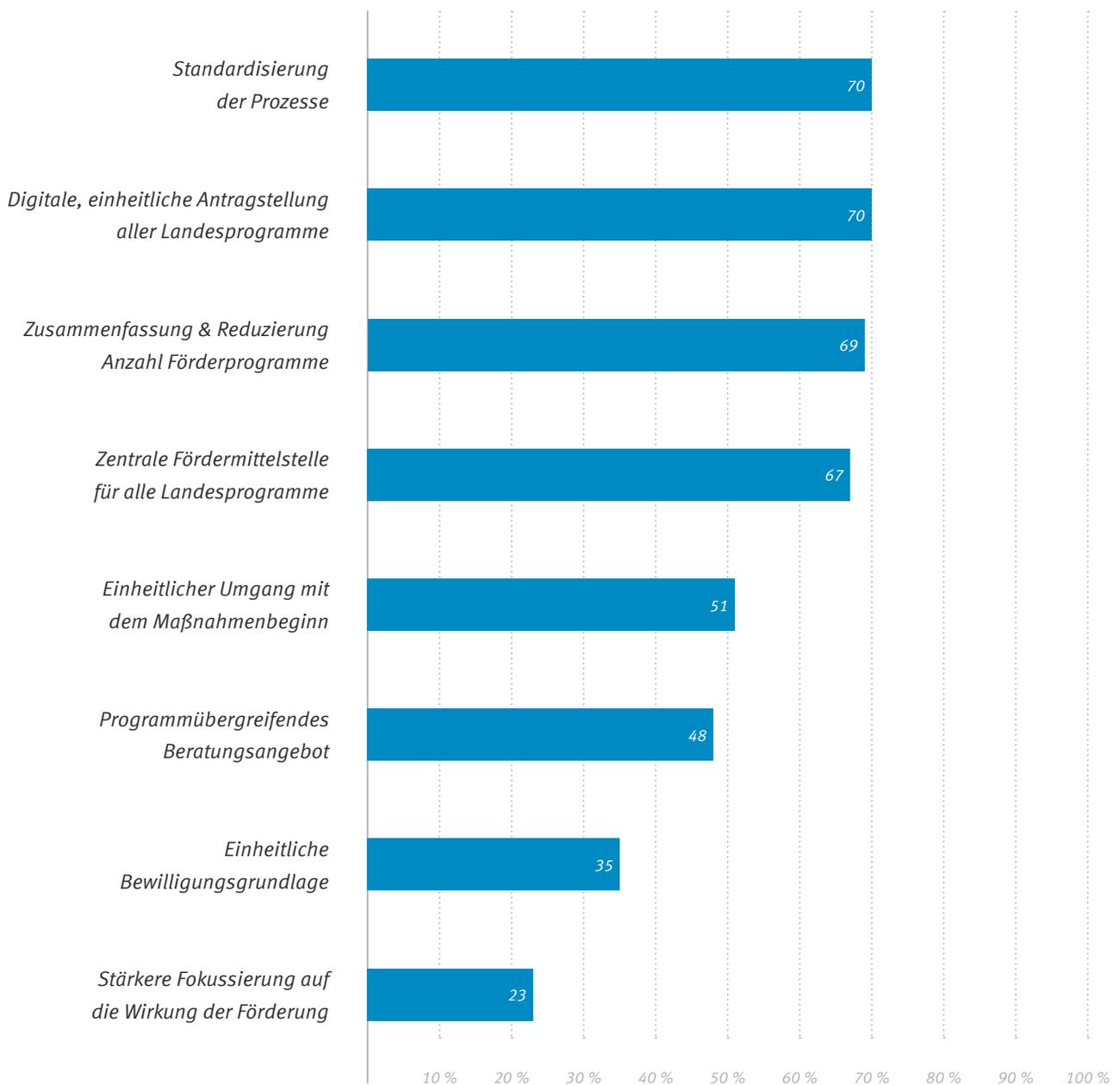
Für die Kommunen in Thüringen existieren mehr als 100 Landesförderprogramme, welche von mehr als zehn verschiedenen Stellen im Land ausgegeben werden. In den Befragungen zum Kommunalmonitor der vergangenen Jahre wurde von den Kommunen sehr oft das Thema Bürokratie in der Fördermittellandschaft als Hemmnis genannt, sodass wir in diesem Jahr konkreter nachgefragt haben, wie Bürokratie im Fördermittelprozess abgebaut werden kann. Wir unterbreiteten dafür acht Vorschläge. Geeignete Wege zur Entbürokratisierung der Förderlandschaft sehen die meisten befragten Kommunen in der Vereinheitlichung der Förderprozesse und der Konzentration der Programme sowohl thematisch als auch organisatorisch.

In der Standardisierung der Prozesse von der Antragstellung bis zum Mittelverwendungsnachweis, einer digitalen einheitlichen Antragstellung aller Landesprogramme, der Zusammenfassung von Förderprogrammen und Reduzierung der Anzahl und in der Einrichtung einer zentralen Fördermittelstelle für alle Landesprogramme sieht die große Mehrheit der befragten Kommunen gute

Chancen für die Reduzierung des bürokratischen Aufwands bei der Beantragung, Abwicklung und Nachweisführung von Fördermaßnahmen. Die Etablierung einheitlicher Bewilligungsgrundlagen und eine stärkere Fokussierung auf die Wirkung der Förderung werden von den Wenigsten als hilfreich bei der Entbürokratisierung empfunden. Geteilt ist die Meinung bezüglich programmübergreifender Beratungsangebote. Dafür sprechen sich 48 Prozent der befragten Kommunen aus.

Die Kommunen hatten die Möglichkeit, in einem offenen Feld ihre Hinweise zum Thema „Entbürokratisierung der Förderprozesse“ anzumerken. Unter verschiedenen einzelnen Problemfeldern, die aufgemacht wurden, kristallisiert sich das Zeitproblem in den meisten Statements heraus. Dabei geht es darum, die Bewilligung, die Fördermittelverwendung und die Abrechnung/Nachweisführung besser an die Prozesse der Umsetzung von Investitionen in den Kommunen anzupassen. Darüber hinaus wird auch der Wunsch thematisiert, die Kommunikation mit den Fördermittelgebern stärker zu digitalisieren.

Maßnahmen zum Bürokratieabbau im Fördermittelbereich Alle befragten Kommunen im Überblick:



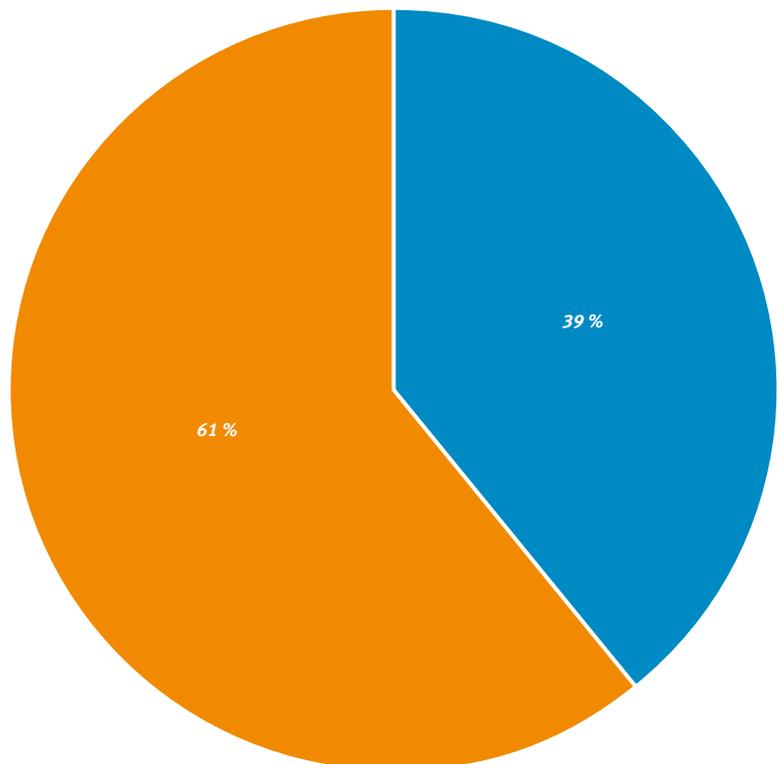
Investitionsbedarf in Thüringer Schulen

Die Landkreise und kreisfreien Städte wurden nach dem Investitionsbedarf bei den in ihrem Zuständigkeitsbereich bestehenden Schulen gefragt. Insgesamt gaben die 16 befragten Landkreise und vier kreisfreien Städte 841 Schulen an, die in ihrem Zuständigkeitsbereich angesiedelt sind. Davon wurden seit 1990 329 Schulen saniert oder neu gebaut. Das entspricht einer Modernisierungsrate von 39 Prozent. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass 61 Prozent aller Schulgebäude bisher keine Sanierung erfahren haben. Da sich in der diesjährigen Befragung nur eine kreisfreie Stadt und ein Landkreis nicht beteiligt haben, kann man diese Proportion als belastbar annehmen. Hier scheint also ein sehr hoher Investitionsbedarf für die kommenden Jahre zu bestehen, wenn man die Sanierung und Modernisierung der Schulen in Thüringen vorantreiben will. Dementsprechend sprechen sich fast zwei Drittel der kreisfreien Städte und Landkreise (65 Prozent) für ein zinsverbilligtes Kreditprogramm zur Ko-Finanzierung der Schulbauförderung aus. Für die große Mehrheit der Landkreise und kreisfreien Städte (70 Prozent) ist auch der DigitalPakt Schule nicht ausreichend. Sie sehen weiteren Förderbedarf im Bereich der Digitalisierung der Prozesse an den Schulen.

Sanierungsbedarfe/Neubau Schulgebäude (Landkreise und kreisfreie Städte)

(Schulgebäude) N = 841

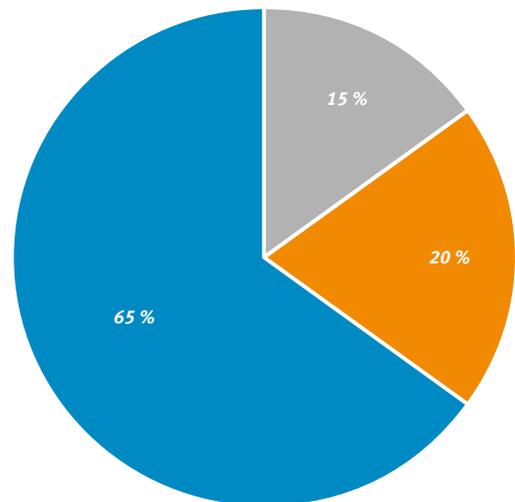
- = Schulgebäude seit 1990 saniert/neu gebaut
- = Schulgebäude unsaniert



Um eine Schule zu sanieren oder neu zu bauen sind oftmals mehr als 5 Mio. € notwendig, die es aktuell gemäß Schulbauförderung gibt. Würden Sie ein zinsverbilligtes Kreditprogramm zur Ko-Finanzierung befürworten?

■ = ja ■ = nein ■ = k.A.

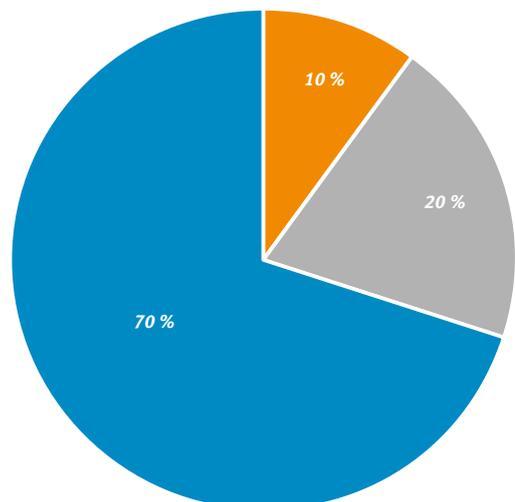
Landkreise & kreisfreie Städte (N = 20)



Sehen Sie über den DigitalPakt Schule hinaus weiteren Förderbedarf bei der Digitalisierung?

■ = ja ■ = nein ■ = k.A.

Landkreise & kreisfreie Städte (N = 20)



Wenn ja, wofür werden Mittel benötigt?

- ▶ „Alles, was für den Bildungsauftrag an investiven Mitteln benötigt wird, die bisher nicht über den DigitalPakt gefördert wurden.“
- ▶ „Ausbau bzw. Erneuerung vorhandener Netzwerkinfrastrukturen an Schulstandorten sowie infrastruktureller Ausbau an allen Schulen für Glasfasernetz.“
- ▶ „Ausstattung Schulen, Schnittstellenlösungen im Amt usw.“
- ▶ „Die im Rahmen des Digitalpakts beschaffte Technik und Ausstattung hat einen begrenzten Nutzungszeitraum (5–10 Jahre), Höherer Strombedarf an den Schulen hat Auswirkungen auf die elektrischen Anlagen in den Gebäuden. Bisher keine Förderung für digitale Tafeln (Bedarf ca. 170 Stück bei je 11.000 €). Administrationssoftware für die vielen Endgeräte (bisher nicht gefördert, ca. 340.000 € insgesamt für alle Schulen).“
- ▶ „Laufender Sachaufwand, Ersatzbeschaffungen“
- ▶ „Mehr Angebote zu: energetischen Sanierung, Brandschutz, Speiseversorgung, Ganztagsbetreuung, Sporthallen allg., Freiflächen“
- ▶ „Schulung des Lehrpersonals“
- ▶ „Server, Arbeitsplatzgeräte, auch mobil, Präsentationstechnik, Software“
- ▶ „Unterhalt, Wartung, Ersatzinvestitionen“
- ▶ „Weitere Umsetzung der digitalen Infrastruktur, da nicht alle Schulen ertüchtigt werden konnten.“

Im Gespräch mit Landrat Johann Waschnewski



Johann Waschnewski ist Landrat (CDU) des Saale-Holzland-Kreises. Bereits als Bürgermeister der Stadt Bürgel und Erster Beigeordneter des Landkreises begleitete er den Neubau an der Thüringer Gemeinschaftsschule Bürgel mittels einer Gesamtvergabe. Als Schulträger setzt der Saale-Holzland-Kreis auch künftig auf innovative Finanzierungs- und Baukonzepte, um moderne Bildungsstandorte zügig und effizient zu realisieren.

Können Sie uns einen Überblick über den aktuellen Stand der Schulinfrastruktur im Saale-Holzland-Kreis geben? Wie viele Schulen wurden seit 1990 neu gebaut oder generalsaniert und bei wie vielen besteht weiterhin ein Investitionsbedarf?

Johann Waschnewski: Der Saale-Holzland-Kreis ist Schulträger für 35 Schulen, von denen bereits 14 Schulen generalsaniert sind. Zwei Grundschulen werden neu gebaut. An allen Schulstandorten wurden viele Bereiche teilsaniert, ob für den Brandschutz oder die energetische Sanierung. Der Investitionsbedarf ist sehr hoch und aufgrund der Baupreisentwicklung gewachsen. Kostete früher eine Generalsanierung einer Schule ca. 7 Mio. €, sind es heute über 20 Mio. €.

Der Ersatzneubau der Grundschule in Stadtroda wird aktuell mittels eines Partnerschaftsmodells realisiert. Welche Vorteile sehen Sie in solchen Modellen für den Landkreis?

Johann Waschnewski: Dieses Modell eignet sich sehr gut für Neubauvorhaben. Es ermöglicht eine schnellere Umsetzung. Planung, Bau und Finanzierung werden in einem Schritt vergeben. Ein fester Preis und ein Fertigstellungstermin werden zu Beginn vertraglich vereinbart, was Risiken minimiert. Während der Umsetzung kann man sich auf das Wesentliche – den Bau – konzentrieren. Genehmigungen, Zertifizierungen, Beauftragungen laufen komplett über den einen Auftragnehmer.



*Foto: Neubau der Thüringer
Gemeinschaftsschule Bürgel*



Foto: *Chemieraum der Thüringer
Gemeinschaftsschule Bürgel*



Foto: *Werkraum*

Die Erweiterung der Gemeinschaftsschule in Bürgel wurde ebenfalls über ein Partnerschaftsmodell finanziert und umgesetzt. Welche Erfahrungen haben Sie hierbei gemacht?

Johann Waschnewski: Der Neubau des Grundschulanteils an der Gemeinschaftsschule in Bürgel hat gezeigt, dass die beschriebenen Vorteile auch tatsächlich eintreten. Der wirtschaftlich günstigste Bieter hat mit seinem Gestaltungs- und Nutzungskonzept überzeugt. Der Neubau erschließt sogar den Altbau barrierefrei und fügt sich städtebaulich hervorragend ins Stadtensemble ein. Die Kosten- und Terminplanung wurden bei der Realisierung eingehalten.

Aus Ihrer Sicht, was sind die Gründe, dass nicht auch andere Landkreise ähnliche Modelle zur Schulinvestition nutzen?

Johann Waschnewski: Es ist für viele Schulträger ein noch unbekanntes Modell für die Realisierung von Neubauten. Hier gibt es Vorbehalte und Fragen, weil ihnen die Erfahrung mit dem Modell fehlt.

Welche weiteren Projekte im Bereich Schulinvestitionen sind für den Saale-Holzland-Kreis geplant?

Johann Waschnewski: Die Sicherstellung der Eigenmittel. Hier wünschen sich die Schulträger eine stärkere finanzielle Unterstützung des Freistaates Thüringen. Es werden nur wenige Vorhaben vom Land gefördert. Meist warten wir mehrere Jahre auf eine Zusage für die Projektförderung.

Wie stellt der Kreis sicher, dass die Schulgebäude nicht nur modern, sondern auch nachhaltig und zukunftsorientiert gestaltet werden? Gibt es besondere Innovationen, die Sie hervorheben möchten?

Johann Waschnewski: Entscheidend ist, die Bauvorhaben zusammen mit den Nutzern zu gestalten, um die Bedürfnisse der Lehrer und Schüler bestmöglich zu berücksichtigen – insbesondere für unterschiedliche Unterrichtsformen.

Moderne Gebäude können zudem energetisch effizient und klimaneutral gestaltet werden.

Was ist Ihre persönliche Vision für die Zukunft der Bildungseinrichtungen im Saale-Holzland-Kreis?

Johann Waschnewski: Der Erhalt und die Weiterentwicklung unserer vielfältigen Bildungslandschaft mit wohnortnahen Grundschulen, Regelschulen, Förderschulen, Gymnasien

Entscheidend ist, die Bauvorhaben mit den Nutzern zu gestalten, um die Bedürfnisse der Lehrer und Schüler bestmöglich zu berücksichtigen.

und Berufsschulen. Wir wollen die Sanierung und den Neubau von Schulgebäuden und Turnhallen fortsetzen, um ein Lernumfeld zu schaffen, in dem sich die Schülerinnen und Schüler wohlfühlen sowie erfolgreich gelehrt und gelernt werden kann.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch wurde am 28. August 2024 geführt.

Methode

Die Studie und repräsentative Hochrechnung wird im Auftrag der Thüringer Aufbaubank durch das Forschungsinstitut aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH durchgeführt.

Primärforschung	aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH
Auftraggeberin	Thüringer Aufbaubank
Erhebungsmethode	Online-Befragung (4 Fragebögen wurden schriftlich eingereicht)
Auswahlverfahren	Öffentliche Adressliste N = 206 Adressen von Gemeinden, Städten, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen des Freistaats Thüringen mit hauptamtlichen Verwaltungsspitzen
Rücklauf	N = 118 Interviews • Ausschöpfungsquote: 57 Prozent
Feldzeit	März bis Juni 2024
Bearbeitet von	Dr. Henry Kreikenbom, Dr. Yvonne Ludewig, Juliane Lässig, Elisabeth Zettel

Impressum

Herausgeberin

Thüringer Aufbaubank
Gorkistraße 9 | 99084 Erfurt
presse@aufbaubank.de

Inhalte

aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH
Die Inhalte ergeben sich aus einer Online-Befragung aller hauptamtlichen
Kommunen, welche jährlich in den Jahren 2019 bis 2024 durchgeführt wurde.

Konzeption, Redaktion und Interviews

Unternehmenskommunikation der Thüringer Aufbaubank
und Creative Solutions Erfurt GbR

Layout

Nivre Film & Studio GmbH

Fotos

Nivre Film & Studio GmbH
stock.adobe.com

Alle Rechte, insbesondere das Recht auf Vervielfältigung, auch auszugsweise, sind vorbehalten.
Alle Beiträge wurden sorgfältig recherchiert. Eine Haftung wird nicht übernommen.

4. & 5. November 2024 – Erfurt

Fachkongress für die öffentliche Hand

Hochkarätige Vorträge und Panels:
Umsetzung der kommunalen Energie- und Wärmewende



Exklusive Vorabendveranstaltung mit prominenten Gästen und Beiträgen aus Politik und Wirtschaft u.a. mit **Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des DIW Berlin** und **Burkhard Balz, Vorstand der Deutschen Bundesbank**



Praxisbezogene Fachtagung:

- Nachhaltige Infrastruktur – Herausforderung und Chance für die Öffentliche Hand
- Künftige Ausrichtung der Förderung nachhaltiger Infrastruktur von EU, Bund und Ländern
- Fachforen zum Thema Energie- und Wärmewende und die Auswirkungen für Kommunen sowie für kommunale Unternehmen der Energieversorgung und Wohnungswirtschaft



 **Jetzt anmelden!**



